

## ZWISCHEN VOLKSTUMSKAMPF UND NATIONALSOZIALISMUS

*Von Ralf Gebel*

Den politisch-ideologischen Standort der Sudetendeutschen Heimatfront/Sudetendeutschen Partei (SHF/SdP) zu bestimmen, ist schon allein deswegen besonders schwierig, weil sich der Historiker mit einer äußerst heterogenen politischen Sammlungsbewegung konfrontiert sieht, die auch ihrem Selbstverständnis nach keine Partei mit einem klaren Programm war. Der historischen Forschung ist es jedoch gelungen zu zeigen, daß vor allem in der früheren Phase ihrer Geschichte, die SHF/SdP entscheidend von den Mitgliedern des sogenannten Kameradschaftsbundes geprägt wurde. Mit Konrad Henlein, Heinz Rutha und Walter Brand entstammten nicht nur

---

<sup>5</sup> Kural, Václav: Konflikt místo společnosti? [Konflikt statt Gemeinschaft?]. Praha 1993, 160–162.

die Träger der SHF-Mitgliedsnummern 1–3 dieser Vereinigung. Fast die gesamte Führungsriege kam aus dem Kameradschaftsbund, der sich an den Lehren des Wiener Philosophen Othmar Spann orientierte.

Deshalb ist es naheliegend, will man die SHF/SdP mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus vergleichen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, vor allem den politisch-ideologischen Hintergrund des Kameradschaftsbundes genauer zu beleuchten. Die bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse könnten indes kaum weiter divergieren und belegen den noch immer vorhandenen Klärungsbedarf. Während Ronald M. Smelser dem Kameradschaftsbund bescheinigt, „einer der stärksten Gegner des Nationalsozialismus“<sup>1</sup> gewesen zu sein, konstatieren Christoph Boyer und Jaroslav Kučera in ihrem Beitrag zum vorliegenden Diskussionsforum eine „verdächtige ‚Kompatibilität der Ideen‘“ Spanns mit jenen der Nationalsozialisten. In ihrem Aufsatz, der die hier fortgesetzte Debatte auslöste, heißt es dementsprechend, die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und SHF/SdP reduzierten sich „letztlich auf Nuancen“<sup>2</sup>.

Boyer und Kučera haben meines Erachtens alles in allem überzeugend nachgewiesen, daß Smelsers Urteil zu pointiert ist und im Grunde auch seinen eigenen Ausführungen nicht ganz gerecht wird. Die Nähe des von Spann geprägten Kameradschaftsbundes bzw. der SHF/SdP zum Nationalsozialismus, wird in der Tat selbst in Smelsers Argumentation offensichtlich. Die Ablehnung von Marxismus und Kapitalismus, von Liberalismus und Individualismus sowie das Ideal der „Volksgemeinschaft“ müssen hier als Indizien für diese Nähe genannt werden. Selbstverständlich gab es auch Unterschiede: Rassismus bzw. Antisemitismus z.B., entscheidende Merkmale der nationalsozialistischen Weltanschauung, finden sich bei der SHF/SdP kaum.

Vor allem gilt es aber zu beachten, daß die SHF/SdP hauptsächlich eine Partei des „Volkstumskampfes“ war. Hinter diesen Aspekt ihrer Politik traten alle anderen „weltanschaulichen“ Elemente zurück. Von dafür berufener Seite, von Hitler selbst, wurde die Sudetendeutsche Partei *deshalb* auch als nicht-nationalsozialistisch im reichsdeutschen Sinne eingestuft. Als Henlein nach der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Dritte Reich dafür plädierte, die SdP zur Vorläuferorganisation der NSDAP zu erklären und alle ihre Mitglieder in die Partei Hitlers zu überführen – nicht zuletzt, weil dies seine Stellung als Gauleiter im Sudetengau befestigt hätte – weigerte sich der Diktator, dem nachzukommen. Er erklärte, daß „es sich bei der NSDAP um eine neue weltanschauliche Bewegung gehandelt habe, die eine innerdeutsche Auseinandersetzung mit weltanschaulichen und politischen Gegnern um ebensolche Prinzipien ausgefochten habe. Die Tätigkeit der [...] SdP habe im Gegensatz hierzu primär im Zeichen der Behauptung des eigenen Volkstums gestanden.

<sup>1</sup> Smelser, Ronald M.: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik. München-Wien 1980, 57.

<sup>2</sup> Boyer, Christoph/Kučera, Jaroslav: Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus. In: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller u.a. München 1996, 274.

Auch wenn [...] die SdP im Mai 1938 in Karlsbad ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt habe, so sei ihr weltanschauliches Wollen doch keineswegs so klar ausgerichtet gewesen wie das der NSDAP. "Nach Ansicht Hitlers hätten sich die Sudetendeutschen vor allem deswegen für die SdP entschieden, weil sie sie als beste Vertretung ihres „Deutschtums“ angesehen hätten<sup>3</sup>. Ein Bericht des Sicherheitsdienstes der SS (SD) aus dem Juli 1938 übermittelt die Kritik eines überzeugten sudetendeutschen NS-Anhangers, die in dieselbe Richtung zielte. Ein ausführliches Zitat scheint hier lohnend. Nach dem „Anschluß Österreichs“ hätten „politische Chamäleons, mit widerlichen Jahrmarktsmanieren die nationalsozialistische Weltanschauung“ angeboten und sie „meistbietend“ vergeben: „Die ‚Rundschau‘ (Herausgeber Konrad Henlein)“ habe Aufsätze über den Nationalsozialismus veröffentlicht. Dabei sei die „Balkenüberschrift ‚Unsere nationalsozialistische Weltanschauung‘ [...] an sich schon vielsagend. Hier turnt ein K[ameradschafts]B[und]-Schreiberling allwöchentlich einmal um den Wesenskern der nationalsozialistischen Idee herum und rührt einen Gemeinschaftsbrei, der es den roten, schwarzen und reaktionären Mitgliedern der SdP ermöglichen soll, den Nationalsozialismus auszulegen.“ Bezeichnend dafür sei die Reaktion des sudetendeutschen politischen Katholizismus. Der Prälat Hilgenreiner, früher Abgeordneter der Christlich-Sozialen Volkspartei im Tschechoslowakischen Parlament, habe in Henleins „Karlsbader Bekenntnis“ eine „deutsche Weltanschauung“ und nicht Nationalsozialismus im Sinne Rosenbergs gesehen und erklärt: „Der Politiker, der in einer großen Bewegung die Worte oft vorfindet und sie nicht ohne weiteres ändern kann, muß zusehen, was darunter in der jeweiligen Lage verstanden wird. Aus dieser Betrachtung heraus haben wir Katholiken nichts eingewendet, als sich Henlein für seine Bewegung zur ‚Nationalsozialistischen Weltanschauung‘ bekannte: So wie er sie öffentlich erklärt hat, ist sie einwandfrei.“<sup>4</sup>

Die von Boyer und Kučera konstatierte „Familienähnlichkeit“ zwischen SdP und NSDAP wird man aber dennoch allemal bestätigen können. Deutlich verweist darauf auch eine Aussage Josef Suchys, selbst ein wichtiger Vertreter des Kameradschaftsbundes, der nach dem Anschluß zunächst „Schulungsleiter“ in der NSDAP-Gauleitung Sudetenland wurde. Suchy erklärte 1937, „daß die Sudetendeutsche Partei an dem Schnittpunkt des reichsdeutschen Nationalsozialismus und des Austro-Faschismus stehe“<sup>5</sup>.

Ausgerechnet Suchy gehört aber andererseits zu jenen SdP-Politikern, die 1939 in einer groß angelegten „Säuberungsaktion“ aus ihren Ämtern entlassen, teilweise verhaftet und nicht zuletzt wegen ihrer Mitgliedschaft im Kameradschaftsbund in Dresden vor Gericht gestellt wurden. Dies wiederum läßt auf größere Divergenzen schließen oder zumindest darauf, daß wenigstens die Nationalsozialisten ihrerseits den Kameradschaftsbund als gegnerische und zu bekämpfende Organisation betrachteten.

<sup>3</sup> Aussage von Henleins Stellvertreter als Gauleiter, Hermann Neuburg, vor tschechoslowakischen Untersuchungsbehörden nach Kriegsende. Archiv ministerstva vnitra [Archiv des Innenministeriums], Prag, 301-139-3, Bl. 9.

<sup>4</sup> SD-„Lagebericht aus CSR“ vom 18.7.1938. Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (künftig ZfdAhdS) Moskau, 500-1-967 I, Bl. 31.

<sup>5</sup> „CSR-Lagebericht des SD-Oberabschnitts Elbe“, März 1937. ZfdAhdS Moskau, 500-1-891, Bl. 324.

Um die Spannung zwischen offensichtlicher Nähe der Kameradschaftsbündler zu nationalsozialistischen Vorstellungen einerseits, die Kritik aus dem nationalsozialistischen Lager an den Mitgliedern des von Spann inspirierten Zusammenschlusses und die spätere Verfolgung einiger von ihnen durch das NS-Regime andererseits aufzulösen, muß meines Erachtens wieder stärker eine Frage in den Mittelpunkt der Debatte gerückt werden, die zuletzt etwas vernachlässigt wurde: Die Frage nach der außen- bzw. volkstumspolitischen Zielsetzung der SdP, nach ihrer Stellung zwischen den bestimmenden und unvereinbaren Polen sudetendeutscher Politik, zwischen Anschluß an das Reich einerseits und einer wie immer gearteten Autonomie innerhalb der ČSR andererseits.

Die momentan geführte Diskussion, so wichtig sie ist, dreht sich nur noch in relativ geringem Maße um diese für die historische Einordnung der SHF/SdP letztlich doch entscheidende Frage. Damit unterscheidet sie sich auch auffällig von der von den Zeitgenossen Henleins geführten Diskussion über Wesen und Ziele der SHF/SdP. Verfolgt man diese, so stellt man bald fest, daß es dabei relativ wenig um das Demokratieverständnis der SHF/SdP, ihr äußeres Erscheinungsbild oder etwa um die Bedeutung der ständestaatlichen Vorstellungen Spanns und ihre Auswirkung auf die SHF/SdP ging. Als entscheidend wurde vielmehr die Frage erachtet, wie diese zum Tschechoslowakischen Staat stand, ob ihren Loyalitätsbekundungen ihm gegenüber Glauben geschenkt werden sollte oder ob man diese als taktische Winkelzüge einer unter dem Damokles-Schwert des Verbots stehenden Partei ansehen mußte. Diese Frage bestimmte die innerparteilichen Zwistigkeiten, letztlich aber auch die Diskussion im tschechischen Lager und die Haltung des Dritten Reiches gegenüber der SHF/SdP.

Die sudetendeutschen Nationalsozialisten, die Henlein und die Kameradschaftsbündler immer wieder kritisierten, taten dies kaum wegen deren möglicherweise ständestaatlicher Konzepte oder wegen fehlenden „Engagements“ in der „Judenfrage“. Den wirklichen Kern der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien in der Partei faßte schon 1933 der deutsche Gesandte in Prag, Koch, treffend zusammen: „Von Nationalsozialisten mit dem Blick auf ein Groß-Deutschland wird den Kameradschaftsbündlern vorgeworfen, daß sie den ‚sudetendeutschen Menschen‘ analog dem ‚österreichischen Menschen‘ schaffen wollen, daß sie also nicht zum Reich streben, sondern vom Reiche fort. Damit wäre der Weg zu einer Art Verschweizerung offen.“<sup>6</sup>

Am Begriff des „Sudetendeutschen Stammes“ läßt sich der innerparteiliche Konflikt festmachen. Die Sudetendeutschen stellten als eigenständige Volksgruppe zunächst ein ähnliches Konstrukt dar wie die „Tschechoslowaken“ – dieses „als Einheit gedachte Sprachvolk“, dessen fiktionalen Charakter nicht erst die Trennung im Jahre 1993 offenbarte<sup>7</sup>. Eine einheitliche sudetendeutsche Mundart hat es beispielsweise

<sup>6</sup> Koch an das Auswärtige Amt (AA) v. 8. 11. 1933. Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil IV. Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933–1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil und des Gesandtschaftsrates von Stein. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heidrun und Stephan Dolezel. München 1991, 87f.

<sup>7</sup> Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4: Der tschechoslowakische Staat im Zeitalter der modernen Massendemokratie und Diktatur. Hrsg. v. Karl Bosl. Stuttgart 1970, VIII. Dort auch der Begriff der Fiktion.

nie gegeben. Je nach dem Gebiet, an das die von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens, Mährens und Mährisch-Schlesiens grenzten, sprach man etwa bayerisch, fränkisch, sächsisch oder schlesisch. Auch eine gemeinsame Bezeichnung, Kennzeichen für ein Zusammengehörigkeitsgefühl für die in den böhmischen Ländern lebenden Deutschen, gab es zunächst nicht. Entweder sprach man von Deutsch-Böhmen bzw. Deutsch-Mähren oder ganz einfach von Österreichern. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff „sudetendeutsch“ geprägt.

Populär wurde dieses Wort aber erst allmählich nach dem Untergang des Habsburgerreichs und der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918. Die Nachkriegswochen markieren hierbei den Übergang: zwei der überwiegend von Deutschen bewohnten Provinzen, die sich an Deutsch-Österreich und mit diesem zusammen an das Deutsche Reich anschließen wollten, nannten sich „Deutschböhmen“ und „Sudetentland“<sup>8</sup>. In den folgenden Jahren setzte sich die Bezeichnung „Sudetentland“, ursprünglich „eine eher akademische Formel“<sup>9</sup>, für alle überwiegend von Deutschen besiedelten Randgebiete der ČSR immer weiter durch.

In der Tschechoslowakischen Republik hatten sich die Lebensbedingungen der Deutschen plötzlich und fundamental verändert. Sie hatten ihre bis dahin normale und gesicherte Stellung innerhalb der Donaumonarchie verloren. Sie waren nun mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 23 % eine Minderheit in dem neuen Staat, den sie mehrheitlich wohl nicht gewollt hatten. Durch die Zertrennung der „traditionellen Fäden nach Wien“<sup>10</sup>, durch die völlig neuartige Situation, war auch stärker „das Bedürfnis gegeben, diese Deutschen [...] mit einem gemeinsamen Namen zu bezeichnen“<sup>11</sup>. Ein „vielstämmiges deutsches Konglomerat“ gewann gleichsam „in Frontstellung zu Prag zunehmend an nationaler Identität“<sup>12</sup>.

Aber erst die Sudetendeutsche Heimatfront Konrad Henleins nahm den jungen Begriff in ihren Namen auf und erhob ihn gleichsam zum politischen Programm. In seiner vielbeachteten Rede vor der Presse in Prag am 8. Oktober 1933, also unmittelbar nach Gründung der SHF, sprach Henlein insgesamt sechsmal vom „sudetendeutschen Stamm“<sup>13</sup>. Dieser Ausdruck, der zunächst zum festen Repertoire Henleins und

<sup>8</sup> Seibt, Ferdinand: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. München 1993, 12.

<sup>9</sup> Prinz, Friedrich: Geschichte Böhmens 1848–1948. München 1988, 376.

<sup>10</sup> Alexander, Manfred: Phasen der Identitätsfindung der Deutschen in der Tschechoslowakei, 1918–1945. In: Nation. Nationalismus. Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Harm Klüeting. Köln-Weimar-Wien 1992, 125.

<sup>11</sup> Wir Sudetendeutschen. Hrsg. v. Wilhelm Pleyer. Salzburg 1949, 202.

<sup>12</sup> Prinz: Geschichte Böhmens 376. Zum Begriff der sudetendeutschen Identität, mit seinen zahlreichen Implikationen auch für die aktuelle politische Diskussion über das deutsch-tschechische Verhältnis, siehe Hahnová, Eva: Sudetoněmecký problém. Obřízné loučení s minulostí [Das sudetendeutsche Problem. Schwieriger Abschied von der Vergangenheit]. Praha 1996, 40ff.

<sup>13</sup> Ein Exemplar der „Rede vor den Vertretern der Presse am 8. Oktober 1933 im Hotel ‚Blauer Stern‘ zu Prag“ befindet sich in der Staatlichen Wissenschaftlichen Bibliothek Reichenberg (Liberec), Sammlung Henlein. Vgl. auch das Memorandum über „Sudetendeutsche Politik – Lage und Folgerungen“ (1933), das mutmaßlich aus Henleins Feder stammt. Dort heißt es: „Das Sudetendeutschtum hat sich weder in Österreich noch zu Beginn des tschechoslowa-



seiner engsten Mitarbeiter gehörte, löste alsbald eine heftige Diskussion aus. Der Vorwurf der Gegner des Stammesbegriffs lautete, daß es sich dabei um einen Beleg für Separatismus handele. Mit der Schaffung eines sudetendeutschen Stammes würde die Entfremdung vom deutschen „Mutternvolk“ betrieben. In einer Denkschrift an das Reichsministerium des Innern vom 1. November 1938<sup>14</sup> und in einem Rundschreiben vom 14. Juli 1939<sup>15</sup> faßte Rudolf Lodgman v. Auen, jener Politiker, der 1918 den Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an Deutsch-Österreich und den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich betrieben hatte, seine Kritik zusammen: Er habe die von Henlein am 8. Oktober 1933 „verkündete Umwandlung der sudetendeutschen Bevölkerung in einen sudetendeutschen ‚Stamm‘, dessen Wohl unlösbar verbunden ist mit dem Wohle des Gesamtstaates [gemeint war von Henlein die Tschechoslowakische Republik, R. G.] als schlimmsten ‚Separatismus‘“ betrachtet, der ihm die Zusammenarbeit mit Henlein unmöglich gemacht habe<sup>16</sup>.

Die für Henlein weitaus gefährlicheren Gegner als Lodgman befanden sich jedoch in den eigenen Reihen: die radikalen Nationalsozialisten der nach der gleichnamigen Zeitschrift benannten Gruppe „Aufbruch“, die von der SHF/SdP aus der Erbmasse der 1933 aufgelösten Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) übernommen worden waren. In der Ausgabe des „Aufbruch“ vom 19. Mai 1938 heißt es – bemerkenswerterweise schon im Imperfekt – über den Konflikt: „Kompromißlos und unerbittlich kämpften wir vor allem gegen alle separatistischen Tendenzen, die innerhalb und außerhalb der sudetendeutschen Einheit am Werke waren. Wir haben die Versuche, mit Hilfe einer sudetendeutschen Stammesideologie unsere Volksgruppe von Vaterland und Mutternvolk abzuspalten, erfolgreich bekämpft.“

Dabei hatte Henlein selbst schon in der bereits erwähnten Rede 1933 und auch danach immer wieder die Verbundenheit mit „der gesamten deutschen Kulturgemeinschaft“ und die „geistig-seelische Verbundenheit“ der Sudetendeutschen mit dem deutschen Volk über die Grenze der ČSR hinaus betont<sup>17</sup>. Im „Deutschen Haus“ in Prag hielt er am 23. Februar 1936 eine vielbeachtete Rede zum Thema „Sudetendeutschtum und gesamtdeutsche Kultur“, in der er es ablehnte, „eine sudetendeutsche Sonder-

---

kischen Staates als geschlossene Einheit empfunden. [...] erst aus der gemeinsamen Not entstand innerhalb des Sudetendeutschtums das Gefühl einer schicksalsmäßigen Zusammengehörigkeit, seiner unauflöslichen Verbundenheit. So erwuchs allmählich jene Einheit des sudetendeutschen Stammes [...]“. Státní ústřední archiv (Staatliches Zentralarchiv, künftig SÚA) Prag, SdP, Kart. 3. Der Text der Prager Rede ist ebenfalls abgedruckt in Konrad Henlein spricht. Reden zur politischen Volksbewegung der Sudetendeutschen. Hrsg. v. Rudolf Jahn, 2. Aufl. Karlsbad-Leipzig 1937. Bemerkenswerterweise wurde hier der Begriff „sudetendeutscher Stamm“, da er zu diesem Zeitpunkt nicht mehr opportun war, durch „Sudetendeutsche“, „sudetendeutsche Volksgruppe“ oder „Sudetendeutschtum“ ersetzt.

<sup>14</sup> Bundesarchiv (künftig BA) Berlin, R 18/5420.

<sup>15</sup> Státní oblastní archiv (künftig SOA) Leitmeritz (Litoměřice), Nachlaß Lodgmann von Auen, Kart. 9.

<sup>16</sup> E b e n d a. Daß ausgerechnet Lodgmann von Auen, der nach dem Krieg erster Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde, damals die Schaffung eines sudetendeutschen „Stammes“ und später auch die des Sudetengaus ablehnte, zeigt, in welchem Maße die sudetendeutsche „Identität“ ein Produkt der Nachkriegszeit ist, das vor allem aus der gemeinsamen Erfahrung der Vertreibung herrührt.

<sup>17</sup> Rede Henleins vom 8. Oktober 1933 in Prag, S. 13 (Wie Anm. 13).

kultur zu züchten“<sup>18</sup>. Es liegt daher zunächst einmal die Schlußfolgerung nahe, daß es sich bei der Diskussion um den Stammesbegriff um ein Mißverständnis oder um eine „akademische“ Auseinandersetzung gehandelt habe, zumal auch schon der sudetendeutsche Nationalsozialist Hans Knirsch 1919 von den Deutschen in der ČSR als „Stamm“ und sein „Parteigenosse“ Rudolf Jung sogar von der „sudetendeutsche[n] Nation“ gesprochen hatte<sup>19</sup>.

Auch Henlein und die Kameradschaftsbündler wußten, daß die Sudetendeutschen keine „biologisch[e]“ Einheit waren. Sie waren aber der Ansicht, sie seien dies in politischer Hinsicht. Das Ziel müsse sein: „Selbstdisziplinierung und Selbsterziehung des Sudetendeutschtums, einheitliche Durchorganisation unseres Stammes in politischer, religiöser, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht.“<sup>20</sup> Das aber wäre auf eine Schwächung der Verbindungen zum Deutschen Reich, auf die Schaffung bzw. Festigung des sudetendeutschen „Stammes“ hinausgelaufen. Gerade dies lehnten die „Großdeutschen“ und Nationalsozialisten jedoch ab.

Daß es sich nicht um eine Begriffsdebatte ohne politische Bedeutung oder um ein Mißverständnis zwischen um die Macht rivalisierenden Gruppen handelte, wird vor allem dann deutlich, wenn man die konkrete Politik Heinleins und der Sudetendeutschen Partei in den ersten Jahren ihrer Existenz betrachtet. Solange der Kameradschaftsbund innerhalb der SHF/SdP das Übergewicht hatte, wurde eine Autonomie-Politik verfolgt, die auf eine Regelung der sudetendeutschen Frage innerhalb des tschechoslowakischen Staatsverbandes abzielte – zu einem Zeitpunkt, da die „Alt-Nationalsozialisten“ schon lange für den Anschluß an das Reich kämpften.

In diesem Punkt unterschätzen meines Erachtens Boyer und Kučera die Eigenständigkeit der SHF/SdP. In seiner berühmten Rede von Böhmischem Leipa am 21. Oktober 1934 erklärte Henlein, daß für ihn der Nationalsozialismus an der Grenze der ČSR haltmache und daß sie SHF zur loyalen Zusammenarbeit mit den Tschechen in einem gemeinsamen Staat bereit wäre<sup>21</sup>. Daß dies nicht nur vor allem für die tschechische Öffentlichkeit bestimmte Propaganda-Phrasen waren, belegt das Protokoll der Sitzung der SHF-Hauptleitung vom 24. September 1934. Hier wurde beschlossen, die „Bewegung“ auf eine Autonomie-Regelung „einzuschwören“: „Anschließend an die programmatische Erklärung hat sofort die Schulungsarbeit und kleine Versammlungstätigkeit einzusetzen. Vor allem Schulung der Amtswalter. Tenor: endgültiger Bruch

<sup>18</sup> Henlein, Konrad: Sudetendeutschtum und gesamtdeutsche Kultur. Berlin [1936], 2. Die Rede wurde ebenfalls veröffentlicht unter dem Titel „Die deutschen Kulturaufgaben in der Tschechoslowakei“. Bücherei der Sudetendeutschen, 1. Reihe, 7. Heft. Karlsbad-Leipzig 1936, 11.

<sup>19</sup> Knirsch hatte am 16. 11. 1919 gesagt: „Wir fordern als untrennbarer Stamm der deutschen Nation [...] das volle Selbstbestimmungsrecht [...]“, Jung formulierte 1927: „Alle Staatsbürger [der ČSR, R. G.] deutscher Volkszugehörigkeit bilden die sudetendeutsche Nation.“ Zitiert nach Jung, Rudolf: Das deutsch-tschechische Problem und die gegenwärtigen Forderungen der sudetendeutschen Volksgruppe. Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1938), 807f.

<sup>20</sup> Denkschrift [1933] über „Sudetendeutsche Politik – Lage und Folgerungen“ (wie Anm. 13).

<sup>21</sup> Vgl. dazu Bericht Kochs an das Auswärtige Amt vom 22. 10. 1934. Gesandtschaftsberichte aus Prag, Teil IV, 155 ff. Zusammenfassend bezeichnete Koch Henleins Ausführungen als „Verzichtleistung der heute stärksten sudetendeutschen Gruppe auf den großdeutschen Gedanken“. Ebenda 158.

mit der großdeutschen Idee, Aufräumen mit dem Gedanken, daß das sudetendeutsche Gebiet von Hitler von Deutschland aus erobert werden könnte.“<sup>22</sup> „Die Henleinfront“, konstatierte folgerichtig auch der SD, „wird immer stärker ‚aktivistisch‘“<sup>23</sup>. Henleins Loyalitätsbekundungen gegenüber der ČSR waren nicht nur Taktik. Dies festzustellen heißt aber noch lange nicht, Henlein eine demokratische Gesinnung zuzugestehen. Der SHF blieb 1934 schlichtweg nichts anderes übrig, als sich um einen Ausgleich mit den Tschechen zu bemühen.

Ein bisher unbekanntes Dokument bestätigt diese Interpretation und damit auch die Ergebnisse Smelers bezüglich dieses Aspekts der SHF/SdP-Geschichte. Es handelt sich dabei um eine Gedächtnisniederschrift über eine Besprechung Henleins u. a. mit den sudetendeutschen „Alt-Nationalsozialisten“ Hans Krebs und Anton Kreissl, die am 20. Februar 1943 im Gästehaus des Regierungspräsidiums Aussig stattfand. Henlein hatte das Treffen anberaumt, „um über diejenigen Dinge zu sprechen, die sich zwischen ihn und die Männer [...] des ‚Aufbruchs‘ bisher hindernd gestellt“ hätten. Er legte zunächst seinen politischen Werdegang dar und sagte, er „habe zu Beginn der SHF keine Fühlung mit dem Führer genommen, da er der Meinung war, daß sich das Sudetendeutschtum von selbst auf die Beine stellen müsse“. Erst dann habe er „dem Führer die Bewegung zur Verfügung stellen“ wollen. Der Zusatz klingt nach Rechtfertigung Henleins, der nach dem Anschluß immer wieder versuchte, sich und seine Partei als von Anfang an nationalsozialistisch und auf den Anschluß ausgerichtet darzustellen. Entscheidend ist hier die Feststellung Henleins, daß die SHF/SdP keineswegs sofort nach ihrer Gründung mit dem Dritten Reich zusammenarbeitete. Genauere Angaben über den Zeitpunkt, ab wann das so war, machte Henlein leider nicht. Im hier vorliegenden Zusammenhang sind besonders die Ergänzungen Hans Krebs' zu Henleins Ausführungen von Belang. Hitler habe ihm, sagte Krebs, damals Regierungspräsident von Aussig,

den Auftrag erteilt, jedwede offizielle Verbindung mit den Sudetendeutschen zu unterlassen und der Führer habe Krebs gesagt, daß er unter keinen Umständen außenpolitisch mit den anderen Staaten wegen der volksdeutschen Frage in Konflikt kommen solle, daß er dieses Problem auf eine andere Weise lösen würde. Inzwischen habe aber der Führer seinen Stellvertreter Hess beauftragt, notwendige Entscheidungen bezgl. der Volksdeutschen unmittelbar zu treffen, damit der Führer außer jedem Obligo bleibe. Hess habe nun den Fehler gemacht, die Verantwortung nicht selbst zu beantragen, sondern habe damit den Prof. Steinacher vom VDA betraut. Steinacher betrieb nun eine eigene Politik, indem er das Wort Dr. Goebbels „Der Nationalsozialismus ist keine Exportware“ dahingehend auslegte, daß der Bereich des Nationalsozialismus sich mit den Staatsgrenzen decke und daß sich die Volksdeutschen im Ausland nicht nur mit den Gedanken des Nationalsozialismus nicht befassen dürfen, daß im Gegenteil für die deutsche Volksgruppe im Ausland der Nationalsozialismus direkt schädlich sei und zur Zerstörung der Volksgruppen [...] führen müsse. Diese gänzlich falsche Auslegung der nationalsozialistischen Grundsätze trieb aber Steinacher noch weiter, in dem er in den deutschen Volksgruppen der einzelnen Länder, wie im Sudetenland [...] usw. gerade diejenigen Gruppen geistig und mit finanziellen Mitteln stärkte, die bereit waren, [gegen] den Nationalsozialismus in den deutschen Volksgruppen anzukämpfen. Im Sudetengau war das eben der KB<sup>24</sup>.

<sup>22</sup> SÚA Prag, SdP, Karton 6.

<sup>23</sup> „Stimmungs- und Lagebericht für die Grenznachrichtenstelle beim SD-Oberabschnitt Mitte (Tschechoslowakei)“ vom 15. 10.–20. 12. 1934, ZfdAhdS Moskau, 500–1–959, Bl. 27.

<sup>24</sup> Gedächtnisniederschrift über die Besprechung vom 20. 2. 1943, SOA Leitmeritz, Außenstelle Brüx (Most), Gauselbstverwaltung, Karton 1, 4/3/2. Hans Krebs gehörte zu jenen,



Auch die Kritik Rudolf Lodgman von Auens zielte in diese Richtung. Der „Geist“ des Kameradschaftsbundes habe, so befand er noch nach dem Münchener Abkommen, „niemals im Dienste der alldutschen Idee gestanden; daß er schließlich, von der Dynamik des Nationalsozialismus überrannt, im Alldeutschland und dem Nationalsozialismus landete, war seine Tragik oder sein Glück, ist aber keinesfalls sein Verdienst“<sup>25</sup>.

Smelser ist es gelungen, schlüssig zu zeigen, daß Henlein erst im Herbst 1937 selbst endgültig auf die Linie der Anschlußbefürworter einschwenkte. Erst ab diesem Zeitpunkt sollte man auch die SdP als „Fünfte Kolonne“ Hitlers bezeichnen und Henlein als dessen williges Werkzeug. Im März 1938 versprach er dem Diktator, von der Regierung in Prag immer so viel zu fordern, daß diese seine Forderungen unmöglich erfüllen könne<sup>26</sup>.

Selbst zu diesem Zeitpunkt gab es innerhalb der SdP sogar noch Vertreter des Kameradschaftsbundes, die für eine Autonomieregelung plädierten. „Gefährlich“, so ein SD-Lagebericht aus dem Sommer 1938, sei die „Propaganda“ der „Kameradschaftsbündler [...], mit der sie öffentlich für den Gedanken werben, daß sich das Sudetendeutschtum mit der Autonomie zufriedengeben solle“<sup>27</sup>. Dies waren freilich nur noch Rückzugsgefechte: inzwischen verfolgte auch die SdP-Führung das Ziel des Anschlusses. Der Übergang zu dieser Position erfolgte fließend. Wann sich das Blatt zwischen Autonomie und Anschluß gewendet hatte, dürfte kaum jemals genau zu bestimmen sein. Henleins Denkschrift an Hitler vom November 1937 ist jedenfalls ein wichtiger Markstein dieser Entwicklung.

Daß es die SdP-Führung mit ihrer lange Zeit erhobenen Forderung nach Autonomie ernst gemeint hatte, zeigt indes auch die Entwicklung nach dem Anschluß. Wie zuvor Arthur Seyss-Inquart in Österreich, so hoffte auch Konrad Henlein auf einen „evolutionären“ Anschluß der sudetendeutschen Gebiete<sup>28</sup>. In meiner Dissertation werde ich zeigen, daß sein Ziel der Autonomie in gewisser Weise auch nach dem Abkommen von München bestehen blieb. Henlein und die SdP-Führung hatten erwartet,

---

die bis zuletzt die Kameradschaftsbündler nicht als ideologisch Gleichgesinnte anerkennen wollten. Noch in seinem Prozeß nach Kriegsende erklärte er den tschechoslowakischen Untersuchungsbehörden – ein sicherlich für seine eigene Position nicht eben vorteilhaftes Vorgehen – die Differenzen zwischen ihm und Henlein hätten daher gerührt, daß er, Krebs, Nationalsozialist gewesen sei, „während Henlein zur Gruppe Kameradschaftsbund gehörte.“ SOA Prag, Prozeß gegen Hans Krebs und Konsorten, Protokoll Hans Krebs, Bd. 5, S. 100.

<sup>25</sup> Denkschrift an das Reichsministerium des Innern vom 1. 11. 1938 (wie Anm. 14).

<sup>26</sup> Vortragsnotiz mit Bericht Henleins über seine Audienz bei Hitler am 28. März 1938. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie D (1937–1945). Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938). Baden-Baden 1950, 158.

<sup>27</sup> SD-„Lagebericht CSR“ Nr. 4 v. 20. 7. 1938. ZfdAhdS Moskau, 500–1–959, Bl. 153.

<sup>28</sup> Noch am Tag des deutschen Einmarschs in Österreich rief ausgerechnet der doch für diese Entwicklung in hohem Maße mitverantwortliche Seyss-Inquart: „[Es] ist entsetzlich, wir schlittern ja mit vollen Segeln in den Anschluß hinein!“ Aufzeichnungen des ehemaligen Sicherheitsdirektors für Oberösterreich, Revertera, v. April 1946. Abgedruckt in: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1988, 328. Zum Begriff des evolutionären Anschlusses vgl. Rosar, Wolfgang: Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien-Frankfurt-Zürich 1971, 341.

daß man ihnen die Eingliederung und Regierung des neuen „Reichsgaus“ weitgehend überlassen würde. Immer wieder kam es, z. B. in der Personalpolitik und in wirtschaftlichen Angelegenheiten, zu Auseinandersetzungen mit Berlin, das ganz andere Vorstellungen hatte als Reichenberg. Diese Konflikte mit der Reichsführung – wie schon in den Jahren zuvor war auch jetzt der Sicherheitsdienst der SS unter Heydrich der mächtigste Gegner Henleins innerhalb des NS-Apparates – führten schließlich so weit, daß Henlein 1940 um sein Amt als Gauleiter fürchten mußte. In der Frage, wie die Beziehungen zwischen dem Sudetengau und dem seinem Anspruch nach streng zentralistischen Dritten Reich geregelt werden sollten, bestanden also *vor* und *nach* dem Münchener Abkommen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen Henlein und dem von ihm repräsentierten Flügel der SdP einerseits und der Regierung in Berlin andererseits. Daraus zu folgern, die Kameradschaftsbündler hätten generell in einem ideologischen Gegensatz zur NSDAP und zum Dritten Reich gestanden, ginge fehl. Den beschriebenen Dissens anzuerkennen ermöglicht jedoch, die interpretatorische Spannung zwischen der offenkundigen Nähe des Kameradschaftsbundes zu vielen Komponenten der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihrem Konflikt mit den sudetendeutschen „Alt-Nationalsozialisten“ bzw. dem NS-Regime zu erklären und zur Bestimmung des politisch-ideologischen Standortes der SHF/SdP beizutragen.